

Bericht über die Veranstaltung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) am 10. Dez. 2008 in Hannover („Ihmeblick“)

Referat : „Zwischen Demokratie und Räterepublik“

Referent: Hans – Joachim von Leesen

Politische Situation am Ende des ersten Weltkrieges in Deutschland

Die deutsche Heeresführung (März 1918) versuchte nach festgefahrener Frontlinie im Westen, eine Entscheidung des Krieges herbeizuführen. Unter Aufbietung aller Reserven – auch abgezogener Divisionen aus dem Osten – sollte die britisch/französische Front durchbrochen werden. Es gelang, die feindlichen Linien bis auf 60 km zurückzudrängen. Die gegnerische Übermacht an Menschen, Material und Technik vereitelte jedoch ein weiteres Vordringen und die Gegenoffensive der Alliierten im August 1918 führte zum Zurücknehmen der Frontlinie.

Auf dem Balkan führten die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Österreich und den Alliierten zur Beendigung der Kriegshandlungen. Zuvor brach der bulgarische Widerstand zusammen, und die Türkei wurde besiegt.

Aufgenommene Friedensverhandlungen der deutschen Heeresführung auf der Grundlage der von US-Präsident Wilson aufgeführten 14 Punkte (Anfang 1918) schlugen fehl und waren nunmehr ohne Bedeutung. Die politische Entwicklung in Deutschland überschlug sich. Die Ereignisse jagten sich, Dazu gehörten folgende Punkte [1] S. 64:

- Westmächte verlangen die sofortige Räumung der von Deutschland besetzten Gebiete
- Meuterei der Matrosen auf Schiffen der Hochseeflotte
- Änderung der Reichsverfassung zu einer parlamentarischen Demokratie
- Erste Soldatenräte auf den Großkampfschiffen
- In München räumt der bayerische König ohne Widerstand den Thron
- Die Reichsregierung rät dem Kaiser Wilhelm II. abzudanken, das deutsche Heer solle in Ruhe und Ordnung in die Heimat zurückmarschieren.

Unter dem Staatssekretär Scheidemann wurde in aller Eile am 9. November 1918 vormittags die Republik ausgerufen, um den zum Umsturz bereitstehenden Linksradikalen der SPD zuvorzukommen. Zwei Stunden später proklamierte Karl Liebknecht die „freie Sozialistische Republik“. Kaiser Wilhelm II. überschritt am 10. Nov. 1918 die Grenze nach Holland und ging ins Exil.

Schon 1916 bildete sich innerhalb der Sozialdemokratie die radikale Spartakusgruppe, deren Ziel es war, den Kaiser zu stürzen und eine sozialistische Republik nach sowjetischem Muster und Direktiven Lenins in Deutschland zu etablieren.

Die russische Botschaft in Berlin unterstützte und förderte mit Agitationen und Geldmitteln die revolutionäre Entwicklung in Berlin. In diesem Umfeld musste die Reichsregierung die Waffenstillstandsbedingungen annehmen: Räumung der besetzten Gebiete innerhalb von 14 Tagen, Besetzung der Städte Mainz, Koblenz und Köln (Brückenköpfe) durch die Alliierten zur Kontrolle des Rückzuges und der Entmilitarisierung.

Die instabile Lage in Deutschland unmittelbar nach dem Waffenstillstandsabkommen

Friedrich Ebert mit seiner Reichsregierung – genannt Rat der Volksbeauftragten – sah sich unmittelbar nach Kriegende in einer verzweifelt politischen Lage. Die SPD hatte die Macht für eine demokratische Republik wohl übernommen, doch die USPD und Spartakisten verfolgten das Ziel - wie eingangs oben erwähnt – die Errichtung eines Rätestaates nach sowjetischem Vorbild. Unruhen breiteten sich in Deutschland aus – von den Küstenstädten zu den Großstädten bis hin nach Süddeutschland: in vielen Orten wehte die rote Fahne als Zeichen der „neuen“ Zeit.

Im Osten hatten die Polen mit der Eroberung der deutschen Ostprovinzen begonnen, aus Russland drohte der Bolschewismus nach Deutschland zu expandieren. Das deutsche Heer leitete die Rückführung zum großen Teil ungeordnet und ohne Disziplin ein. Die heimkehrende Armee war eine geschlagene Armee, eine Armee, die unter Hungersnot litt, wie das Volk auch, so geriet sie in das Agitationsfeld der extremen Linken.

In dieser Umgebung war der Aufbau einer geordneten parlamentarischen Demokratie nur schwer möglich. Machthoheit und Organisationshoheit der Reichsregierung waren unzureichend gegeben, um dem Parlamentarismus ausreichend Geltung zu verschaffen. Dabei ging es nicht nur um die Alternative:

Rätediktatur oder parlamentarische Demokratie. Es ging auch darum, wie Deutschland künftig organisiert sei sollte: zentralistisch oder föderal. [4]

Maßnahmen der Reichsregierung zur Sicherung der Stabilität des Landes

Die Reichsregierung mit Reichskanzler Ebert und Reichsminister Gustav Noske [3] (beide SPD) verfügten über keine Gegenmacht zu den Linksradikalen.

Wie eingangs erwähnt, sollte eine Umkrepelung des Staates in Richtung einer Räterepublik erfolgen. Reichskanzler Ebert bat die oberste Heeresleitung, für Ordnung und Sicherheit im Lande zu sorgen. Die oberste Heeresleitung erwartet hingegen Unterstützung des Offizierskorps bei Aufrechterhaltung der Disziplin und straffer Ordnung im Heer. Vor allen Dingen wäre die Verpflegung des Heeres zu gewährleisten. Darüber hinaus erwartet das Offizierskorps von der Reichsregierung die politische Unterstützung in der Bekämpfung bolschewistischer Aktivitäten. [1] s. S. 66

Gustav Noske – einziger Fachmann i. S. Militär – wird von Ebert gebeten, die nationale Verteidigung zu übernehmen [1] s, S, 67.

Das war die Geburtsstunde der Freikorps, da die Hauptmasse des Heeres sich aufgelöst hatte und eine Streit- und Ordnungsmacht durch den Rat der Volksbeauftragten ((Reichsregierung im Übergang) kurzfristig nicht aufgestellt werden konnte.[2] s, S. 41

Freikorps

Freikorps waren Freiwilligenverbände – heute würde man sie als Landsknechte bezeichnen -, die sich zur Erledigung einer militärischen Maßnahme oder eines Feldzuges gründeten - bisweilen als sog. „Schwarze Reichswehr“. Grundstimmung der Freikorps war der Patriotismus, der in vielen Fällen etwas übersteigert war. [1] s, S. 71

Auf diese Weise schlossen sich Offiziere, Unteroffiziere und auch hohe Offiziere zu Gruppen als Freikorps zusammen. Ihre Aufgabe war die Herstellung von Ruhe und Ordnung in Berlin u. im Lande. Gustav Noske beauftragte Generalleutnant Freiherr v. Lüttwitz und andere Freikorps zum Einmarsch. So marschiert der Zivilist Noske an der Spitze von 3000 Soldaten in Berlin ein. Demonstrationen und Aufrufe zum Bürgerkrieg durch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg beherrschten das Bild.

In den Januarkämpfen 1919 wurden Liebknecht und Luxemburg von Freikorpsangehörigen ermordet, da sie als treibende Kräfte zum Bürgerkrieg angesehen wurden. [1] s. S. 73

Freikorps im Baltikum

Die ehemaligen russischen Ostseeprovinzen Estland und Kurland waren von den deutschen Truppen nach Kriegsende noch besetzt. Die regulären deutschen Verbände lösten sich auf, gruppierten sich zu Freikorps und kämpften gegen eindringende bolschewistische Truppen.

Freiwillige für die Freikorps wurden mit der Maßgabe geworben, dass sie nach dem Sieg über die Bolschewiken Siedlungsland von der Regierung Lettland bekommen sollten, was aber nicht den Tatsachen entsprach. Wechselnde Fronten – speziell Englands - unterschiedliche Versprechungen und ändernde politische und wirtschaftliche Verhältnisse: mal Demokratie, mal Soldatenräte, mal gegen eindringende Rote Armee, mal in der Abwehrfront der Engländer ließen die baltischen Freikorps zum Teil zu Marodeuren verfallen. Darunter litt ihr Ruf. [1] s. S. 81

Räterepublik Bayern

Besondere Unruhen „auf der Straße“ und politische Wechsel im Landtag ergaben sich im Freistaat Bayern. (bürgerlich sozialdemokratische Mehrheit, später Räterepublik). Aus Russland stammenden Kommunisten Eugen Levine und Max Levien proklamierten die bayerische Räterepublik. Weitere Aktivisten aus Russland besetzten die Spitzenämter. Bayern drohte, sich als Räterepublik aus dem Deutschen Reich abzukoppeln. Im April 1919 erschöpfte sich die Geduld der Reichsregierung und sie beauftragte Freikorps (v. Lützow, v. Görlich, 2. Marine-Brigade unter Kapitänleutnant Ehrhardt u.a.) mit militärischen kriegsähnlichen Waffen und Ausstattung die Räterepublik Bayern niederzuschlagen und auszuschalten. [1] s. S. 6

Nach Ermittlungen aus dem Jahre 1968 sollen diesen Kämpfen 719 Menschen zum Opfer gefallen sein. [1] s. S.

Aufstände an Rhein und Ruhr und in anderen Städten

Anfang des Jahres 1919 standen im Ruhrgebiet bewaffnete Arbeiterbataillone als Rote Armee – ca. 80.000 Mann und sorgten für laufende Unruhen und Aufstände. Kommunisten öffneten die Gefängnisse, setzten die Verwaltungshoheit außer Kraft und schnell gewannen Kriminelle die Oberhand. An Rhein und Ruhr hatte die Reichsregierung besonders „schlechte Karten“, da lt. Versailler Vertrag Truppenkonzentrationen im Ruhrgebiet nicht zulässig waren.

Das als Polizeiaktion getarnte Eingreifen von Freikorps ermöglichte die Eliminierung der Roten Armee durch Einkesselung. Am härtesten umkämpft waren die Städte Dortmund und Essen. Auf Seiten der Freikorps kämpfte auch das Bataillon Niemöller, der spätere hessische Kirchenpräsident. Auch waren blutige Aufstände in Sachsen und im mitteldeutschen Industrievier ausgebrochen, die bekämpft werden mussten. Die Reichsregierung fühlte sich schwach und konnte sich nicht dazu durchringen, zivilrechtlich und strafrechtlich gegen die Aufständischen vorzugehen.

Kapp – Putsch

Der Versailler Vertrag forderte von Deutschland Truppenreduzierung und Auflösung der Marine – Brigaden. Im Zuge der Durchsetzung dieser Maßnahme putschen Generallandschaftsdirektor W. Kapp, General Freiherr v. Lüttwitz und die Marine-Brigade Ehrhardt gegen den Auflösungsbefehl und für die Absetzung der Reichsregierung – allerdings ohne Erfolg.[1] s. S. 82, [2] s. S. 173
Es gelang Kapp und seinen Leuten nicht, den Verwaltungsapparat in Berlin unter Kontrolle zu bringen- außerdem nahm der von den Gewerkschaften ausgerufene Generalstreik den Putschisten jegliche Handlungsfreiheit.

Aufstände an der Ostgrenze von Deutschland

An der Ostgrenze nach Polen war das Verhältnis zu Deutschland gespannt. Polen beanspruchte die Provinzen Posen, Westpreußen sowie große Teile von Oberschlesien. Eine Abstimmung sollte die Zugehörigkeit des Gebietes Oberschlesien klären. Um vor der Abstimmung vollendete Tatsachen zu schaffen, versuchten Polen durch Aufstände die Wahlen wirksam zu beeinflussen. Nach Belagerungszustand und Standrecht konnte die Reichsregierung unter Zuhilfenahme von Freikorps die Polen über die Reichsgrenze zurückdrängen. Trotz eines positiven Votums für Deutschland (Abstimmung) musste ein großer Teil Oberschlesiens (mit Industrie) an Polen abgetreten werden.

Fazit und Einschätzung

In der Zeit nach dem ersten Weltkrieg verfügte die Reichsregierung über keine ernstzunehmende Wehr- und Streitmacht, die in Deutschland die Sicherheit und Ordnung gewährleisten konnte. Die Freikorps seien „schwerlich als reaktionär zu nennen, denn sie strebten weder eine Restauration der Regierungsform an, die gescheitert war, noch die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung, die im Kriege ihre Probe nicht bestanden hätte.“ [1] s. S. 88 und [2]

Für die Freikorps hätte die Revolution weiter vorangetrieben werden müssen.

„Was sie (Freikorps) von den Kommunisten unterscheidet, war deren Internationalismus, den sie ablehnten...“ [1] s, S. 88 Mitte

Unstrittig war, dass nach dem ersten Weltkrieg die Kommunisten aus der Sowjetunion auf dem Sprunge waren, die Weltrevolution voranzutreiben, wo immer sich die Gelegenheit gab. Als Gegenstück zu den kommunistischen Aufständischen existierten nur die Freikorps. die ihre Aufgabe erfüllten, „Stets dienten die Freikorps der Staatsräson, die sich auch in einer sozialdemokratisch geführten Reichsregierung verkörperte. Letzten Endes befolgten sie – bis auf geringe Ausnahmen – den Weisungen der Regierung. Die Existenz der Weimarer Republik über 15 Jahre ist nicht zuletzt auf die Anwesenheit der Freikorps nach dem Kriege zurückzuführen.

Literatur

- | | |
|--|---|
| [1] Hans – Joachim von Leesen
„Freikorps retten das Reich“
Deutschland – Journal 2007
Staats – und Wirtschafts -
politische Gesellschaft e. V. (SWG) | [2] Hansjoachim W. Koch
„Der deutsche Bürgerkrieg“
eine Geschichte der deutschen und
österreichischen Freikorps 1918 - 1923
Ullstein 1978 |
| [3] Gustav Noske
„Von Kiel bis Kapp“
Eine Geschichte der deutschen Revolution
Verlag für Politik u. Wirtschaft 1920 | [4] Heiko Holste
„Die Nationalversammlung gehört hierher!“
Beitrag in der FAZ v. 10. Jan.2009
auf Seite Z 1 |